Deutscher Bundestag **Drucksache 16/3704**
16. Wahlperiode 30.11.2006

Antrag

der Abgeordneten Silke Stokar, Volker Beck (Köln), Jerzy Montag, Hans-Christian Ströbele, Wolfgang Wieland, Josef Winkler und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Einrichtung einer Polizeireformkommission

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Bundestag kritisiert, dass die Eckpunkte zum Umbau der Bundespolizei im Geheimen als „Reform von oben“ entwickelt wurden und die Bediensteten der Bundespolizei über die Medien von dem umfassenden Reformvorhaben informiert wurden. Bundesinnenminister Schäuble hat mit diesem Vorgehen die Mitwirkungsrechte der Gewerkschaften missachtet und eine schwere Vertrauenskrise zwischen BMI und Bediensteten der Bundespolizei ausgelöst. Die Beschäftigten dürfen nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Erforderlich ist vielmehr, sie aktiv in den Reformprozess einzubeziehen.

Der Bundestag hält eine grundlegende Reform der Bundespolizei für erforderlich. Ziele der Polizeireform sind die Neuorganisation der Behördenstruktur, die Straffung überkommener Führungsebenen und die Entlastung der Vollzugsbeamten von Verwaltungsaufgaben. Allerdings darf die Reform der Bundespolizei nicht bei einer Organisationsreform stehen bleiben.

Zu Beginn des Reformprozesses ist eine umfassende Aufgabenkritik erforderlich. Die Bundespolizei ist für gesetzlich zugewiesene Spezialaufgaben zuständig. Doppelstrukturen müssen abgebaut werden, so im Bereich der kriminalpolizeilichen Ermittlungen. Die Schnittstellen zu Aufgabenbereichen der Landespolizeien und anderen Sicherheitsbehörden wie z. B. dem Zoll müssen klar definiert werden.

Auf den Prüfstand gehört der gesamte Bereich der Aus- und Fortbildung. Die Sicherheitskooperationen auf Flughäfen und im Bahnverkehr müssen evaluiert werden. Die zahlreichen Polizeimissionen im Ausland und die verstärkte internationale und europäische Zusammenarbeit (wie z. B. Frontex) und die sich daraus ergebenden Aufgabenverlagerungen (Wegfall von Grenzkontrollen, Schengen-Ausgleichsmaßnahmen) verlangen nach neuen inhaltlichen Konzepten und sie müssen auf eine solide gesetzliche Grundlage gestellt werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

umgehend eine Polizeireformkommission einzurichten, an der auch Experten aus Verwaltung und Wissenschaft, Politik und Gewerkschaften beteiligt werden;

den Reformprozess der Bundespolizei transparent zu gestalten und dabei umfassende Mitwirkungsrechte der Bediensteten und der Gewerkschaften sicherzustellen;

ein Internet-Portal zur Reform der Bundespolizei einzurichten. Hier ist umfassend und zeitnah über Reformziele und Reformschritte zu unterrichten. Für Kritik und Anregungen ist eine öffentliche Plattform einzurichten.

Berlin, den 30. November 2006

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion